

Artikel vom 28.09.2020

► [PNP-Artikel vom 28.09.2020](#)

CSU-Kreisverband

Ein Ja und ein Nein

CSU-Kreisverband erneuert Forderungen zur Nationalpark-Erweiterung – Klare Position gegen Atommüll-Endlager im Saldenburger Granit

Freyung. Quasi als Geburtstagsgeschenk soll der Nationalpark im Osten der Gemeinde um 600 Hektar erweitert werden. Als vor Monaten die Pläne bekannt wurden, stellten die Gemeinde Mauth und die Kreis-CSU einen Forderungskatalog auf, der im Zuge der Erweiterung erfüllt werden soll. Wie die PNP am Wochenende bereits berichtet hat, scheint dieser Forderungskatalog weitgehendst erfüllt zu werden. Die Kreis-CSU hat indes in der vergangenen Woche ihre Forderungen und Anliegen nochmals bekräftigt – und auch zu einem Atommüll-Endlager im Saldenburger Granit eindeutig Stellung bezogen.

Nach Aussage des Kreisvorsitzenden Olaf Heinrich treffen sowohl der Forderungskatalog des CSU-Kreisverbandes als auch jener der Gemeinde Mauth in der Staatsregierung auf grundsätzliche Zustimmung. "Wir hoffen auf die Erfüllung der Forderungen nach einer signifikanten Verbesserung der Parkplatzsituation im gesamten Nationalparkgebiet und die Umsetzung eines modernen Parkplatzmanagementsystems", so Heinrich. Der CSU-Vorschlag zur Errichtung eines Naturcampingplatzes im Anschluss an das Freilichtmuseum in Finsterau könne eine wichtige Angebotslücke im Bereich des ältesten, deutschen Nationalparks schließen und einen Beitrag zur Belebung der Nationalparkgemeinde Mauth-Finsterau leisten. "Für mich ist letztendlich weniger entscheidend, ob der Freistaat Bayern selber, ein Zweckverband oder ein Pächter den Naturcampingplatz betreibt. Wichtig ist, dass er errichtet wird", unterstreicht der CSU-Kreisvorsitzende.

Auch soll nach den Vorstellungen der CSU im Zuge der touristischen Aufwertung des südlichen Nationalparkteils eine Nutzbarmachung der Tummelplatzhütte stattfinden und diese – nach dem Vorschlag von MdL Max Gibis – eventuell auch mit einem kleinen gastronomischen Angebot ergänzt werden. Da es im südlichen Teil des Nationalparks keine Anlaufpunkte mit gastronomischen Angeboten gibt, sollten auch alternative Standorte geprüft werden, heißt es in einer Pressemitteilung des Kreisverbandes. Hierzu fänden noch nähere Abstimmungen zwischen dem Umweltministerium und den regionalen Vertretern statt, wie auch hinsichtlich der Forderung zur Errichtung eines Aussichtsturms auf dem Wistlberg. Nach PNP-Informationen soll die touristische Nutzung der Rummelplatzhütte aber abgelehnt werden.

Die CSU-Kreisvorstandschaft ist sich einig, dass die geplante Erweiterung des Nationalparks

Bayerischer Wald sowohl touristisch als auch hinsichtlich der Infrastruktur einen Gewinn darstelle, eine forstwirtschaftliche Nutzung von Waldgebieten aber aus vielerlei Gesichtspunkten auch weiterhin sinnvoll und zwingend notwendig sei.

"Eine Schutzgebietserweiterung um 10000 Hektar, wie sie von anderen politischen Kräften teils gefordert wird, wäre für die gesamte Region hochgradig schädlich", ist die CSU-Kreisvorstandschafft überzeugt. Auch Kreisrat Ernst Kandlbinder hält es für unverantwortlich, eine noch größere Menge an Holz aus der Nutzung zu nehmen. "Sollte der Holzwirtschaft durch einen weiteren Flächenentzug kein profitables Arbeiten mehr möglich sein, würde dies jegliche Bemühungen zur Verminderung des Anteils fossiler Brennstoffe und sämtliche Umweltschutzbemühungen im Allgemeinen konterkarieren", so der Bürgermeister der Gemeinde Mauth. Solche Forderungen seien ein Angriff auf alle, die im und vom Bayerischen Wald leben, wie Christoph Weishäupl, Vorsitzender der Kreis-JU, bemerkt.

Karlheinz Roth stellte fest, dass Nachhaltigkeit nie alleine auf einer ökologischen Basis stehen könne, sondern immer auch ökonomische und soziale Belangen mit einbinden müsse. In diesem Sinne begrüßte er die sich abzeichnende Entscheidung die Ausweitung des Nationalparks auch mit infrastrukturellen Maßnahmen zu versehen und mit Blick auf den Tourismus weiter aufzuwerten. Günter Obermüller, Kreisvorsitzender der Senioren-Union, regte zur touristischen, aber auch zur allgemeinen öffentlichen Nutzung eine Ausweitung und Attraktivitätssteigerung des Busliniennetzes in Richtung Nationalpark an. Weiter verwies der Waldkirchner Stadtrat Manfred Dersch darauf, dass die Zukunft des Nationalparks und seiner Außenwirkung auch von der Entscheidung über die Planungen hinsichtlich einer Atommüllendlagerung in der Region beeinflusst werden könnte.

Der CSU-Kreisverband Freyung-Grafenau stellt sich klar hinter die Position von Landrat Sebastian Gruber sowie die Resolution der niederbayerischen Landräte, welche die Bundesregierung dazu auffordert, wirksam dafür Sorge zu tragen, dass die Entscheidung für einen Endlagerstandort ausschließlich aufgrund sachlicher Gesichtspunkte erfolgt. "Wir fordern, dass alle Endlagerkonzepte klar und umgehend ausgeschlossen werden, bei denen der langzeitsichere Einschluss der radioaktiven Abfälle auf technischen Barrieren beruht", so die stellvertretende Landrätin Helga Weinberger. Der Granit des Bayerischen Waldes gelte als zerklüftet und weise zahlreiche Trennflächen und bewegliche Spalten auf, weshalb die Gesteine nur eine geringe Rückhaltefunktion für radioaktive Substanzen aufweisen. Daher sei dringend und vorbeugend dafür Sorge zu tragen, dass ein ohnehin ungeeignetes Standortzwischenlager nicht faktisch zum Endlager werden könne, so die einvernehmliche Meinung.

Ob die Wünsche der Kreis-CSU auch in Sachen Endlager in Erfüllung gehen, entscheidet sich heute Vormittag. Dann wird in Berlin die Liste der möglichen künftigen Atommüll-Endlager-Standorte vorgestellt. – pnp